

Kantonsratssitzung vom 28. Oktober 2010

Traktandum 14: Interpellation der SVP-Fraktion betreffend NFA-Beitrag (1912.1/2).

*Anrede*

Die vorliegende Interpellation thematisiert einmal mehr eines der Zuger Lieblingsthemen. Sie drückt trotz Donnerrollen in der Sprache der Interpellanten aber mehr die politische Ratlosigkeit aus, als dass sie Lösungsansätze aufzeigen würde. Wir sind offensichtlich mit der politischen Kreativität in dieser Frage nicht weiter als wir es vor Jahren waren, als der Kanton Zug auf Anstoss der CVP mittels einer Standesinitiative eine Beitragsobergrenze verlangte. Immerhin kann man festhalten, dass unsere Standesinitiative die Anliegen der Geberkantone sichtbar gemacht hat. Insgesamt muss die Idee einer Beitragsobergrenze in dieser Form jedoch als gescheitert betrachtet werden. Nach den Wahlen dürfen wir das auch gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern zugeben.

Weil sich die Situation – wie in der Antwort des Regierungsrats dargestellt – für Zug in den nächsten Jahren massiv verschärft und wir bereits heute im Steuerwettbewerb mit andern Kantonen in relevanten Bereichen teilweise nicht mehr mithalten können, sind neue, kreative Ansätze gefragt. Ich komme zu Schluss meines Votums darauf zurück.

Zunächst aber nochmals zurück zur Beurteilung der NFA. Hier ist auch aus Zuger Sicht festzuhalten, dass die NFA doch grosse Fortschritte ins komplizierte System der nationalen Ausgleichszahlungen brachte. Wie der Zuger Finanzausgleich ist auch der nationale Finanzausgleich grundsätzlich ein wichtiges Instrument eidgenössischer Solidarität. Schliesslich führte die NFA in einigen profitierenden Kantonen – hier sind ausdrücklich die Innerschweizer NFA-Nehmerkantone Luzern, Obwalden und Uri zu nennen – zu einem sichtbaren Fortschritt in der Steuerpolitik und in der Verwaltungstätigkeit. Konkurrenzfähige Nachbarn liegen auch im Interesse des Kantons Zug.

Die Probleme der NFA liegen aber auf der Hand. Sie kennen sie alle. Die Abhängigkeit der Nehmerkantone von diesem Topf ist enorm. In manch einem Kanton würden ohne NFA griechische Verhältnisse herrschen, auch wenn vielerorts schwarze Zahlen geschrieben werden und sich lokale Politiker dabei auf die Schultern klopfen. Die fehlende Reformierbarkeit dieses komplexen Systems muss denn als eigentliche Fehlkonstruktion bezeichnet werden. Schliesslich ist der enorme jährliche Anstieg der Beiträge unseres Kantons und die gleichzeitige Senkung der Steuersätze in finanziell maroden Nehmerkantonen für uns alle in der Tendenz ruinös. Diese Entwicklung untergräbt die Bereitschaft zu gemeineidgenössischer Solidarität massiv.

Es ist offensichtlich. Die Geister der NFA, die wir zwar nicht riefen, werden wir so einfach nicht mehr los.

Was ist zu tun? Es ist das zu tun, was der Finanzdirektor bereits seit geraumer Zeit tut: Vernetzung, Mitarbeit und Kreativität. Die Erarbeitung des NFA geschah weitgehend ohne Beteiligung des Kantons. Landammann Peter Hegglin hat begriffen, dass der Kanton

Zug sich über die Grenzen hinaus einmischen muss, um Einfluss zu haben. Nur hartnäckiges und konstruktives Mitarbeiten kann das System optimieren.

Es braucht auch uns kantonale Parlamentarier, um Ideen zu entwickeln und diese national in unseren Parteien zu vernetzen. Die Zeit der zweifellos populären Empörung über die Zuger NFA-Belastung ist vorbei. Wir brauchen nun dringend einen nächsten Schritt.